



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
26.11.2014
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH  
Vorlage: 14/SVV/0989  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.2 Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaues  
Vorlage: 14/SVV/0885  
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
  - 3.3 Mieterinitiative Großbeerenstraße  
Vorlage: 14/SVV/1079  
Fraktion DIE LINKE
- 4 Besetzung Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/1140  
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 5 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen in 2013 für die  
Oberflächenentwässerung auf öffentlichen Straßen und Plätzen  
Vorlage: 14/SVV/1122  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0922
  - 6.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des  
Schulentwicklungsplanes  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
  - 6.3 Betreiberform Potsdam-Museum
  - 6.4 Informationen zum Ergebnis des vorläufigen Gerichtsentscheides zur Sache  
Luftschiffhafen

- 6.5 Informationen zu Sicherungsmaßnahmen - Heidehaus Großbeerenstraße
- 7 Sonstiges
- 7.1 Informationen zur umsteigefreien Busverbindung zwischen Groß Glienicker Waldsiedlung und den Bahnhöfen Potsdam Hbf. und Spandau
- 7.2 Informationen zur Protestaktion der Azubis des Klinikums E. v. B. wegen nicht gewährter Bezahlung in Anlehnung an den öffentlichen Tarif
- 7.3 Informationen zum gegenwärtigen Stand der Prüfung der Einführung von Familientarifen bei den Stadtwerken, gem. DS 14/SVV/0657

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2014**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese in folgenden Punkten zu ändern:

- Die Erweiterung um den neuen Tagesordnungspunkt – Informationen zu Sicherungsmaßnahmen Heidehaus Großbeerenstraße.
- Die Erweiterung um den neuen Tagesordnungspunkt – Informationen zum Ergebnis des vorläufigen Gerichtsentscheides zur Sache Luftschiffhafen.
- Die ergänzenden Informationen zum Tagesordnungspunkt 7 zur umsteigefreien Busverbindung zwischen Groß Glienicker Waldsiedlung und den Bahnhöfen Potsdam Hbf. und Spandau, zur Protestaktion der Azubis des Klinikums E. v. B. wegen nicht gewährter Bezahlung in Anlehnung an den öffentlichen Tarif, sowie zum gegenwärtig erreichten Stand der Prüfung von Familientarifen bei den Stadtwerken.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor den Tagesordnungspunkt 3.1 aufgrund von Beratungsbedarf zurückzustellen.

Zum Tagesordnungspunkt 3.3 liegt ein Antrag auf Rederecht für Frau Petri, Vertreterin der Mieterinitiative Großbeerenstraße vor. Gegen die Erteilung des Rederechts erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.11.2014 liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei zwei Enthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH Vorlage: 14/SVV/0989 Fraktion DIE LINKE**

**zurückgestellt**

#### **zu 3.2 Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaues Vorlage: 14/SVV/0885 Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler**

Herr Finken erläutert die neue Fassung des Antrages. Es bestehe Handlungsbedarf gegen steigende Mieten. Das Bündnis für Wohnen biete daher eine Plattform für Gespräche mit privaten Wohnungseigentümern und Genossenschaften.

Herr Dr. Scharfenberg findet die Antragsformulierung zu weitführend und schlägt vor den dritten Satz wie folgt zu ändern:

Diese Sondierungsgespräche sollen weiter dazu dienen, im Anschluss an die Zusammenhang mit der Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes die Bildung eines Bündnisses für Wohnen vorzubereiten.

Die antragstellende Fraktion CDU/ANW erklärt sich einverstanden und übernimmt diesen Vorschlag.

Herr Jekel erwidert, dass sich das wohnungspolitische Konzept im Erstellungsprozess befindet und bis September 2015 vorliege. Er empfiehlt den Antrag ruhen zu lassen und die Anliegen im Begleitkreis zu besprechen. Dort müsse aus seiner Sicht ein Konsens gefunden sowie Ziele und Maßnahmen verabredet werden. Daher plädiert er für eine Integration in das wohnungspolitische Konzept.

Herr Klipp verweist darauf, dass der Oberbürgermeister bereits im Jahr 2009 diesbezüglich Sondierungsgespräche geführt habe. Des Weiteren sei ausreichend Baurecht geschaffen worden und es existiere ein Bauüberhang. Er regt an, die Frage zu ergründen, warum viele Unternehmen von den ihnen erteilten Baugenehmigungen keinen Gebrauch machen.

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass Herr Klipp zum Ausdruck gebracht habe, dass das Wohnungsproblem gelöst sei. Er bekräftigt vehement, dass sich die Stadtverordneten einem vorrangigen Problem widmen. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass der Auftrag hierzu bis 2012 ein Konzept zu erarbeiten nicht erfüllt worden sei. Bündnisse für Wohnen seien bereits bundeweite Initiativen. Es sei wichtig, dieses Anliegen in den Prozess zur Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes zu binden. Daher versteht er die Diskussion nicht.

Herr Schüler sieht den ersten Satz des Antrages kritisch. Potentiale seien ausreichend vorhanden. Von daher müssen diese nicht geschaffen sondern genutzt werden.

Auf die Frage von Herrn Wellmann, welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung habe bei nicht genutzten Baugenehmigungen eine zügige Entwicklung zu realisieren, antwortet Herr Klipp, dass die Bauverwaltung den Unternehmen als unterstützender Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Jedoch gebe es hierzu seitens der Unternehmen keine Nachfrage.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes im Zeitplan liege und im September 2015 der Stadtverordnetenversammlung vorliegen werde. Der bestehende Begleitkreis könne sich durchaus zu einem Bündnis weiterentwickeln. Der zweite Absatz des Antrages sei fragwürdig, da dies bereits von der Verwaltung getan werde. Sie regt daher eine Umformulierung, um Konsensfähigkeit zu erzielen, an.

Die Fraktion SPD reicht einen Änderungsantrag ein. Dieser beinhaltet die Streichung des zweiten Teilsatzes des ersten Satzes, des zweiten Teilsatzes im zweiten Satz, des ersten Teilsatzes im dritten Satz sowie des dritten Teilsatzes im fünften Satz. Die CDU/ANW Fraktion erklärt sich mit dem Änderungsantrag einverstanden.

Der Oberbürgermeister ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion SPD auf:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **5**

Enthaltung: **7**

Die Änderungen sind somit **übernommen**.

Der Oberbürgermeister stellt die so geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem so geänderten Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. **Zur Verbesserung des Angebotes an Wohnungen in Potsdam- so schnell wie möglich-Neubau- und Erweiterungspotentiale zu erschließen-**

~~Dazu sind~~ ist mit den privaten Wohnungsunternehmern, den privaten Eigentümern, den Genossenschaften und den städtischen Wohnungsunternehmen in Sondierungsgesprächen die Möglichkeiten und deren Umsetzung zu erörtern. Diese Sondierungsgespräche sollen weiter dazu dienen, **im Anschluss an die Zusammenhang mit der Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes die Bildung eines Bündnisses für Wohnen vorzubereiten. Die Beteiligung kann dabei über die jeweiligen Verbände erfolgen.**

2. **Zur Verbesserung des Wohnungsangebotes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und für Nachfrager mit geringem Einkommen darauf hinzuwirken, dass die Landeshauptstadt Potsdam auch weiterhin alle Möglichkeiten einer sozial ausgerichteten Bewirtschaftung ihres Wohnungsbestandes prüft.** ~~und geeignete Fördermittel deutlich kritisiert um entsprechende Korrekturen von Bund und Land zu fordern.~~
3. **Der Hauptausschuss ist beginnend ab März 2015 über Stand des Prozesses und Ergebnisse zu unterrichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.3 Mieterinitiative Großbeerenstraße**

**Vorlage: 14/SVV/1079**

Fraktion DIE LINKE

Frau Petri erhält Rederecht und teilt mit, dass 30 Mietparteien von den Einzelverkaufsabsichten der ProPotsdam GmbH betroffen seien. Durch Einzelverkäufe bestehe das Risiko der Eigenbedarfskündigung für die Mietparteien. Es müsse eine Lösung gefunden werden um die drohenden Kündigungen abzuwenden und den sozialen Frieden zu erhalten. Sie berichtet von einem ersten Treffen zwischen der Mieterinitiative und der Geschäftsführung der ProPotsdam GmbH. Das Gespräch sei konstruktiv verlaufen, jedoch sei in den Fragen der vorläufigen Aussetzung der Ausschreibung und dem Zeitplan noch keine Einigung erzielt worden.

Herr Dr. Scharfenberg ergänzt, dass der Antrag das Anliegen der notwendigen Sicherheit der Mieter unterstütze. Dieser hätte bereits ohne Überweisung in den Hauptausschuss durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden können.

Herr Heuer informiert, dass sich der Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH mit dem Sachverhalt beschäftigen wird und empfiehlt abzuwarten bis der Aufsichtsrat getagt hat.

Herr Nicke berichtet, dass die Absicht bestehe alle sechs Häuser komplett zu einem Festpreis an die Mieter zu verkaufen. Er schlägt daher ebenfalls vor die Aufsichtsratssitzung abzuwarten.

Herr Schüler entgegnet, dass sich der Antrag noch nicht erledigt habe, da die beiden Erwartungen der Mieterinitiative hinsichtlich der Aufhebung der Ausschreibung und des Zeitplanes noch nicht geklärt seien. Hierzu weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass sich die Ausschreibung erledigt habe, wenn

der Aufsichtsrat dies in eigener Zuständigkeit beschließt.

Herr Linke regt an, dass ein Beschluss des Hauptausschusses notwendig sei, um ein Signal für den Aufsichtsrat zu senden. Der Oberbürgermeister erwidert, dass ein solches Vorgehen nicht der formell einzuhaltende Weg sei. Die Entscheidung sei dem Aufsichtsrat vorbehalten und könne nicht vorweg genommen werden. Er schlägt daher vor, in der nächsten Hauptausschusssitzung über das Ergebnis des Aufsichtsrates zu beraten.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert für eine Beschlussfassung. Diese sei für die weiteren Verhandlungen unschädlich. Er sieht eine politische Verantwortung um das Problem zu lösen. Zugleich findet er die Annäherung zwischen der ProPotsdam GmbH und der Mieterinitiative erfreulich. Jedoch wisse er nicht, wie die Entscheidung seitens der ProPotsdam GmbH ohne die Einbringung des Antrages ausgegangen wäre. Herr Linke befürwortet ebenfalls eine Beschlussfassung als Zeichen der politischen Willensbildung.

Herr Heuer gibt zu bedenken, dass im Hauptausschuss keine Parallelerdebatte zum Aufsichtsrat geführt werden solle, daher solle die Entscheidung des Aufsichtsrates abgewartet werden. Weiterhin stellt er fest, dass die wesentliche Zielstellung des Antrages bereits im Verhandlungsprozess festgelegt ist.

Herr Finken schlägt vor, dass der Antrag so umformuliert werden solle, dass er keine Zielstellung enthalte. Betriebswirtschaftliche Ergebnisse sollten nicht vorweggenommen werden. Herr Schüler erwidert, dass ein Antrag ohne Zielstellung gegenstandslos sei. Er schlägt daher vor, der Antrag dahin gehend zu ergänzen, dass keine Veräußerungen ohne Zustimmung des Hauptausschusses erfolgen solle.

Herr Dr. Scharfenberg ist unter den Voraussetzungen, dass vorerst kein Verkauf getätigt wird und der Hauptausschuss in seiner ersten Sitzung im Januar 2015 über die Entscheidung des Aufsichtsrates informiert wird, bereit den Antrag zurückzustellen. Dies sagt der Oberbürgermeister zu.

Der Antrag ist somit **zurückgestellt**.

#### **zu 4 Besetzung Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/1140**

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Herr Schüler findet es ungewöhnlich, dass die Mitbewerber nicht vorgestellt werden. Hierzu erläutert Herr Dr. Erdmann, dass drei Angebote eingegangen seien und Herr Dr. Grams das überzeugendste Konzept eingereicht habe.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Bestellung von Herrn Rechtsanwalt Dr. Grams zum Ombudsmann der Landeshauptstadt Potsdam als unabhängiger Ansprechpartner für die Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen von Korruptionsverdachtsfällen.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Rechtsanwalt Dr.**

**Grams einen Vertrag zum Betrieb einer Ombudsstelle längstens bis zum 31.12.2018 bei einer jährlichen Kündigungsmöglichkeit zum jeweiligen Jahresende zu schließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 16  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 5 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen in 2013 für die Oberflächenentwässerung auf öffentlichen Straßen und Plätzen**

**Vorlage: 14/SVV/1122**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Klipp führt aus, dass die Starkregenereignisse im August 2013 einen erhöhten Reinigungsbedarf erforderlich machten. Es steht keine andere Deckungsmöglichkeit außer Mittel für Personalaufwendungen zur Verfügung.

Herr Linke wünscht eine Aufstellung von Starkregenereignissen für Potsdam für das Jahr 2013. Herr Klipp verweist darauf, dass hierzu die EWP GmbH Auskunft erteilen kann.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Für die Produkte 54100, 54300 und 54400 (Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen) werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 226.091,30 EUR für die Schlussrechnung der Energie und Wasser Potsdam GmbH für die Oberflächenentwässerung auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Haushaltsjahr 2013 genehmigt. (Unterproduktkonto 5410001.5221200, 5430001.5221200 und 5440001.5221200)**

**Die Deckung erfolgt aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln für Personalaufwendungen des Geschäftsbereich 4.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 15  
Ablehnung: 1  
Stimmenthaltung: 2

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule gemäß Beschluss: 14/SVV/0922**

Herr Klipp informiert über den Stand des Umzuges der Fachhochschule. Hierzu werden Verhandlungen über einen verbindlichen Umzugstermin geführt und ein verbindlicher Termin vertraglich vereinbart. Des Weiteren wurde ein Meilenstein- und Aktionsplan, bei dem die Meilensteine bis März 2017 terminiert sind, festgelegt. Es wurde eine Monitoring über die terminliche Einhaltung der Meilensteine vereinbart. Das zuständige Ministerium wird hierzu Auskunft erteilen.



Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 6.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940**

Frau Dr. Magdowski informiert über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes. Seit März 2014 arbeite eine Projektgruppe an der Umsetzung des Planes. Sie gibt einen Zwischenbericht zum Stand der Maßnahmen.

**Der Zwischenbericht wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.**

Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 6.3 Betreiberform Potsdam-Museum**

Frau Dr. Magdowski informiert, dass das Potsdam Museum den Wunsch nach einer anderen Rechtsform hat, die den Besonderheiten des Museumsbereichs und den damit verbundenen wirtschaftlichen Freiheiten, gerecht wird. Eine gGmbH-Lösung wird aufgrund des Insolvenzrisikos als nicht zielführend angesehen. Eine Rechtsform als Eigenbetrieb wäre dagegen vorstellbar. Es werden Gespräche mit der Museumsleitung geführt und dann entsprechend in den politischen Gremien beraten.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 6.4 Informationen zum Ergebnis des vorläufigen Gerichtsentscheides zur Sache Luftschiffhafen**

Frau Krusemark berichtet über das Ergebnis des vorläufigen Gerichtsentscheides zum Schadensersatzprozess Luftschiffhafen. Das Gericht vertritt die Auffassung, dass die Verjährungsfrist 2007 begann und die Schadensersatzansprüche somit bereits verjährt sind. Am 08.01.2015 soll die Entscheidung des Gerichtes verkündet werden. Danach wird im Hauptausschuss neu berichtet.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 6.5 Informationen zu Sicherungsmaßnahmen - Heidehaus Großbeerenstraße**

Herr Nicke berichtet über die Sicherungsmaßnahmen am denkmalgeschützten Heidehaus. Bisher sei noch kein Verkauf erfolgt; ein Nutzungskonzept liege noch nicht vor. Auf die Frage von Herrn Schüler, was mit dem Heidehaus passieren solle, antwortet er, dass dort keine gewerbliche Nutzung möglich sei. Möglicherweise könnte das Haus durch eine gemeinnützige Einrichtung genutzt werden.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 7        Sonstiges**

**zu 7.1      Informationen zur umsteigefreien Busverbindung zwischen Groß Glienicker  
Waldsiedlung und den Bahnhöfen Potsdam Hbf. und Spandau**

Frau Hartmann informiert über die umsteigefreie Busverbindung zwischen Groß Glienicker Waldsiedlung und den Bahnhöfen Potsdam Hbf. und Spandau. Sie bittet darum die Beantwortung der Anfrage schriftlich zu erledigen. Auf die Frage von Herrn Linke, was bisher unternommen wurde, ergänzt sie, dass die Änderungen grundsätzlich in Verantwortung des Verkehrsbetriebes liegen. Dem Landkreis Havelland wurde ein Angebot unterbreitet Seeburg mit zu erschließen. Hierzu liegt seitens des Landkreises Havelland noch keine Rückmeldung über die finanzielle Beteiligung vor. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es sich bei der Veränderung des Fahrplanes um ein sehr aufwendiges Verfahren handele.

Herr Linke stellt fest, dass der Wegfall der Buslinie keine befriedigende Antwort sei. Schließlich sei die Debatte seit September bekannt. Eine Lösung hätte mit dem Fahrplanwechsel mit aufgenommen werden müssen. Er erwartet konkrete Maßnahmen in der schriftlichen Stellungnahme bis zum 17.12.2014.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Sachstandsbericht **zur Kenntnis**.

**zu 7.2      Informationen zur Protestaktion der Azubis des Klinikums E. v. B. wegen  
nicht gewährter Bezahlung in Anlehnung an den öffentlichen Tarif**

Frau Hartmann informiert über die stattgefundene Protestaktion der Azubis des Klinikums „Ernst v. Bergmann“. Herr Linke verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2012, wonach die Bezahlung der Azubis in Anlehnung an den Tarif des Öffentlichen Dienstes erfolgen soll. Er sei überrascht, dass dies seit zwei Jahren nicht erfolgt sei.

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Beantwortung durch Herrn Grebner erfolgen wird. Er appelliert an rechtzeitige Einreichung der Fragen, sodass die Stadtverwaltung die Möglichkeit hat sachdienlich zu informieren.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Bericht **zur Kenntnis**.

**zu 7.3      Informationen zum gegenwärtigen Stand der Prüfung der Einführung von  
Familientarifen bei den Stadtwerken, gem. DS 14/SVV/0657**

Frau Hartmann informiert, dass der Prüfbericht bis Dezember 2014 vorliegen sollte. In diesem Zeitraum sei keine umfangreiche Prüfung möglich. Die Prüfung dauert bis Mitte 2015 an. Hierzu hat der Oberbürgermeister bereits die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung informiert.

Herr Schubert empfiehlt, dass bei der Definition der Familie auf andere Städte geschaut werden solle. Herr Dr. Scharfenberg bewertet den Vorgang als fragwürdig. Die Festlegung von Familientarifen stelle ein Eingriff in die Betriebe

dar. Er sehe die Realisierung skeptisch in der Hinsicht, wie die Einnahmesituation ausgeglichen werden solle. Herr Linke verweist darauf, dass der Familienbegriff bereits Konsens sei und alle Familien mit unter achtzehnjährigen im Haushalt lebenden Kindern gemeint seien. Der Oberbürgermeister erwidert, dass die genaue Definition auch einer steuerlichen Prüfung bedarf.

Der Hauptausschuss **nimmt** den Bericht **zur Kenntnis**.